

Proletarier aller Länder vereinigt euch !



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

108. Jahrgang

Sonderausgabe 1/2026

PPI Eigenverlag "Wilhelm Pieck"
Redaktion und Vertrieb
99084 Erfurt, Johannesstraße 156
Tel.: 0170/1831495 - Tel.: 0361/64458760

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)



Einzelpreis: 3,20 Euro
Jahres-Abonnement: 35,00 Euro
Förder-Abonnement: 45,00 Euro

AUS DEM INHALT

SEITE 2:

- Warum Kommunisten kandidieren
- Arm und Reich

SEITE 3:

- Vom Kreuzfahrt- zum Kriegsschiff?
- Wer ist die KPD?

SEITE 4:

- „Schaut hinter die Kulissen.“ – Im Gespräch mit Christine Melcher, Spitzenkandidatin der KPD zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

SEITE 6:

- Sie wollten den Krieg – wir wollten den Frieden
- Die DDR im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Fliesen und Sanitärkeramik „Kurt Bürger“ Boizenburg

Am 20. September 2026 ★ Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern ★ WÄHLT KPD!

DAS STEUER HERUM!

DIE OSTSEE MUSS EIN MEER DES FRIEDENS SEIN!



★ WERFT, ARBEIT, GESUNDHEIT,
WOHNEN, ENERGIE -
IN VOLKSEIGENTUM!

★ SCHLUß MIT MILITARISIERUNG
& AUFRÜSTUNG



4 197069 103202



Warum Kommunisten kandidieren

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit großen Möglichkeiten und großen Widersprüchen. Viele Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifende Veränderungen erlebt: den Verlust von Arbeitsplätzen, die Abwicklung ganzer Industriezweige, Abwanderung junger Menschen und den Rückzug öffentlicher Infrastruktur aus vielen Regionen. Gleichzeitig tragen sie bis heute die Folgen politischer Entscheidungen, auf die sie nur begrenzten Einfluss hatten. Viele Bürgerinnen und Bürger haben deshalb das Gefühl, dass politische Versprechen sich zwar ändern, ihre Lebensrealität jedoch oft gleich bleibt: Krankenhäuser schließen, Löhne bleiben niedrig, öffentliche Angebote verschwinden aus der Fläche, während gleichzeitig Milliarden für Aufrüstung bereitgestellt werden. Diese Erfahrungen sind kein Zufall, sondern Ausdruck einer Gesellschaft, in der wirtschaftliche Interessen stärker wirken als demokratische Entscheidungen.

Die KPD tritt zur Landtagswahl an, weil die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Rentnerinnen und Rentner, der Jugendlichen und Familien im po-

litischen System nicht ausreichend vertreten werden. Wir wollen diesen Interessen eine Stimme geben – sachlich, konsequent und nachvollziehbar. Wir verschweigen nicht die Grenzen parlamentarischer Politik: In einer Gesellschaft, in der zentrale Bereiche der Wirtschaft privat organisiert sind, bleiben politische Handlungsspielräume begrenzt. Entscheidungen über Investitionen, Arbeitsplätze oder Preise werden vielfach außerhalb demokratischer Kontrolle getroffen.

Dennoch sind Wahlen und Parlamente wichtige Orte der Auseinandersetzung. Sie bieten die Möglichkeit, soziale Probleme sichtbar zu machen, Entscheidungen kritisch zu begleiten, Alternativen aufzuzeigen und außerparlamentarische Initiativen zu stärken. Kommunistische Politik versteht parlamentarische Arbeit als Teil gesellschaftlicher Kämpfe. Verbesserungen im Alltag wurden historisch immer dann erreicht, wenn Betriebe, Kommunen und Bewegungen mit politischer Vertretung zusammenwirkten.

Wir treten an für Frieden, soziale Sicherheit und demokratische

Mitbestimmung. Unser Ziel ist ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem wirtschaftliche Entwicklung dem Gemeinwohl dient, öffentliche Daseinsvorsorge gesichert ist und Menschen unabhängig von Herkunft oder Einkommen ein gutes Leben führen können.

Die Erfahrungen der DDR – vierzig Jahre soziale Sicherheit, umfassende Bildung und gesellschaftliche Solidarität – zeigen, dass das möglich ist. Gleichzeitig wissen wir: Gesellschaftliche Entwicklung gelingt nur mit echter demokratischer Mitwirkung und offener Reflexion von Fehlern. Wir kandidieren nicht, um Probleme zu verwalten, sondern um ihre Ursachen beim Namen zu nennen: die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Wir stehen zu unserer Geschichte. Unser Ziel ist der Sozialismus. Unser Landtagswahlprogramm ist eine Einladung zur Diskussion über die Zukunft unseres Landes – für ein friedliches, solidarisches und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern. Ihr findet es auf 17 Seiten unter:

www.waehlt-kpd.de

Sonderausgabe zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern



Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe haltet ihr eine besondere Ausgabe der Roten Fahne in den Händen: Sie erscheint als **Sonderausgabe zum Landtagswahlkampf der KPD in Mecklenburg-Vorpommern**.

Am 20. September 2026 wird in Mecklenburg-Vorpommern ein neuer Landtag gewählt. Die KPD tritt zu dieser Wahl an – und nutzt die Gelegenheit, ihre politischen Vorstellungen, Forderungen und Ziele einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Deshalb haben wir diese Ausgabe inhaltlich und gestalterisch ganz auf den Wahlkampf ausgerichtet.

Viele unserer Leserinnen und Leser leben allerdings außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns. Für sie ist diese Ausgabe vielleicht auf den ersten Blick

ungewohnt. Wir möchten deshalb kurz erklären: **DIE ROTE FAHNE bleibt selbstverständlich unsere Zeitung für Kommunistinnen und Kommunisten, für Arbeiterinnen und Arbeiter und für alle, die sich mit unseren Positionen auseinandersetzen.** Die Sonderausgabe ist zugleich ein Stück Wahlkampfarbeit und soll dazu beitragen, unsere Zeitung und die KPD in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus bekannter zu machen.

Wir hoffen, daß auch Leserinnen und Leser außerhalb des Landes mit Interesse verfolgen, wofür die KPD im Wahlkampf eintritt und welche Erfahrungen wir dabei sammeln. Denn unsere grundlegenden politischen Fragen machen nicht an Landesgrenzen halt.

Vielleicht kennt Ihr jemanden in Mecklenburg-Vorpommern, dem Ihr diese Ausgabe weitergeben könnt. Vielleicht habt Ihr auch selbst Anlaß, mit Freunden, Kolleginnen oder Bekannten über die hier vorgestellten Positionen ins Gespräch zu kommen.

Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre – und freuen uns über Rückmeldungen, Kritik und Diskussionen.

*Mike Nagler
für die Redaktion*

Arm und Reich Ein Rechenbeispiel in Klassenverhältnissen

Klaus-Michael Kühne ist tot. Sein Vermögen ist es nicht. Der Milliardär und langjährige Großaktionär von Kühne+Nagel starb in der Nacht auf den 24. August im Alter von 89 Jahren in der Schweiz. Bis zu seinem Tod galt er als einer der reichsten Männer der Bundesrepublik. Sein Tod ändert jedoch wenig an der grundsätzlichen Frage, die sein Leben und sein Reichtum aufwerfen: Wem gehört eigentlich der gesellschaftliche Reichtum in diesem Land?

Kühne verfügte über ein Vermögen von mehreren Dutzend Milliarden Euro. Allein über seine Kühne Holding kontrollierte bzw. besaß er Beteiligungen im Wert von rund 35 Milliarden Euro: 54 Prozent am Logistikkonzern Kühne+Nagel, 30 Prozent an Hapag-Lloyd und inzwischen mehr als 20 Prozent an der Lufthansa. Dazu kamen große Beteiligungen an Brenntag, Aenova, Flix und Ottobock sowie Hotels und umfangreicher Immobilienbesitz. So konzentrierte sich in den Händen eines einzelnen Unternehmers Eigentum an Unternehmen, Verkehrsinfrastruktur, Logistik, Gesundheit und Immobilien – und damit erhebliche wirtschaftliche Macht.

Doch dieses Vermögen ist mit seinem Tod nicht verschwunden. Die Milliarden bleiben nicht herrenlos, sondern gehen auf seine Erben und die von ihm vorgesehene Kühne-Stiftung über. Die Eigentumsverhältnisse, die Macht über Unternehmen und die Erträge aus diesem Vermögen bestehen fort. Der Kapitalist stirbt – das Kapital bleibt.

Manchmal spendete er auch. Beispielsweise im letzten Jahr 300 Millionen Euro für ein neues Opernhaus in Hamburg. Die bürgerlichen Zeitungen verneigen sich, der Bürgermeister verneigt sich, das Feuilleton spielt Oboe. Man fühlt sich erinnert an den Sonnenkönig, der Brotkrumen vom Balkon wirft und sich dafür feiern läßt, daß niemand ganz verhungert. Dabei stellt sich eine ganz einfache Frage: Woher hatte der Mann eigentlich so viel Geld?

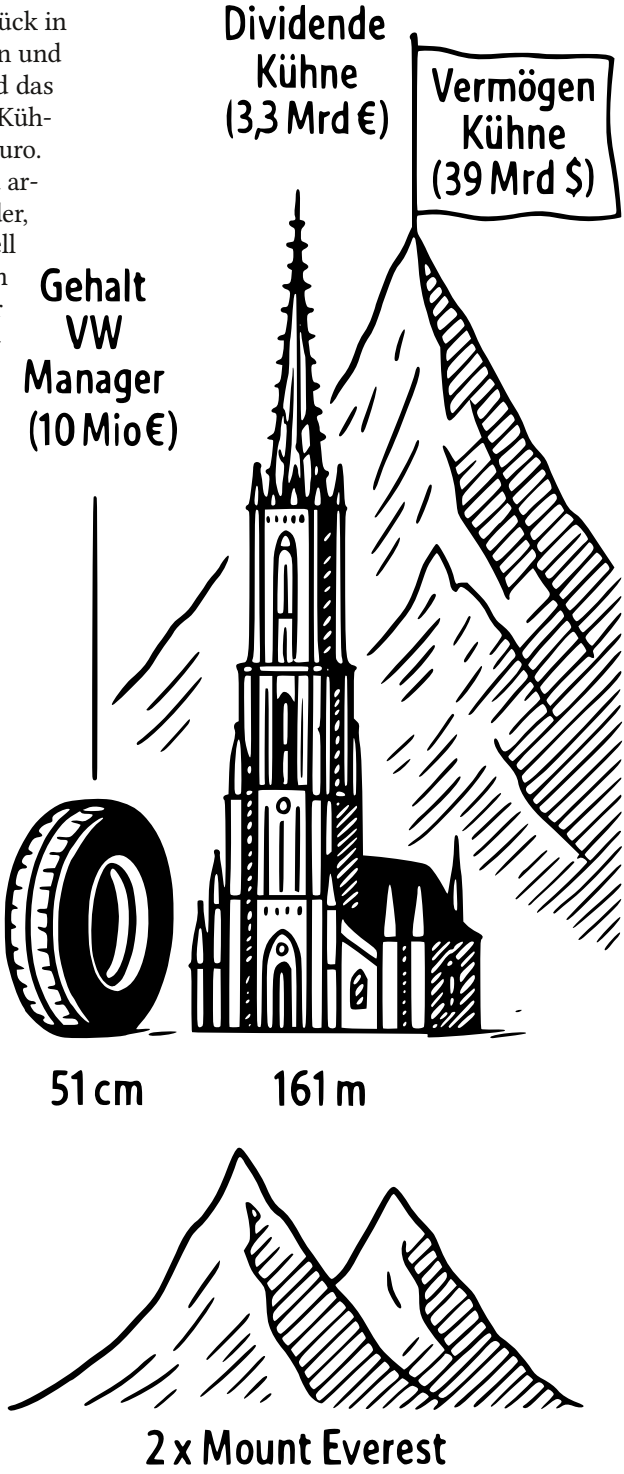
Fangen wir unten an. Ein einfacher Facharbeiter verdient im Schnitt etwa 20.000 Euro netto im Jahr – also nach Steuern und Sozialabgaben. Das ist kein schlechter Lohn, aber für einen Lamborghini reicht er ganz sicher nicht. Dafür kann man wohnen, essen, vielleicht einmal im Jahr in den Urlaub fahren. Kühne besaß hingegen rund 39 Milliarden US-Dollar. Damit hätte er dem Facharbeiter 1,8 Millionen Jahre lang seinen Jahreslohn zahl-

len können. Also einmal von heute zurück in die Altsteinzeit – und dann nochmal hin und zurück, mit Pausen für die Eiszeit. Und das war nur sein Vermögen. 2022 kassierte Kühne allein an Dividenden 3,3 Milliarden Euro. Und zwar ohne auch nur eine Stunde zu arbeiten. Das sind 165.000 Jahreslöhne. Oder, wenn man so will: genug, um alle aktuell fehlenden Erzieherinnen und Erzieher in der gesamten Bundesrepublik ein Jahr lang zu bezahlen – und das mit überdurchschnittlichem Lohn.

Wenn man das Ganze in Höhenmetern darstellen wollte, weil Zahlen sonst immer so abstrakt wirken: Nehmen wir an, der Facharbeiterlohn ist ein Bierdeckel – etwa 1 Millimeter dick. Dann wäre das Jahreseinkommen von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) mit ca. 150.000 Euro, wohl-

gemerkt natürlich ohne Nebeneinkünfte, ein schlankes Taschenbuch mit 7,5 Millimeter Dicke. Der Vorstandsvorsitzende von VW, Oliver Blume, mit 10,3 Millionen Euro Gehalt im vergangenen Jahr laut Presse der bestbezahlteste Manager der Republik, käme damit auf rund 51 Zentimeter – das entspricht, um im Bild zu bleiben, in etwa dem Durchmesser eines Autoreifens. Und Kühnes Jahresdividende? Die entspräche 165 Meter – also in etwa der Höhe des Ulmer Münsters, des höchsten Kirchturms der Welt. Und sein Vermögen? Das wäre dann in etwa der höchste Berg der Erde, der Mount Everest (8.849 m). Aber zwei Mal.

Heute ist Kühne+Nagel das drittgrößte Logistikunternehmen der Welt. Wohn- und Firmensitz hatte Kühne seit Jahrzehnten in der



ser gesagt: 50.000 Kita-Plätze, 40.000 Pflegekräfte oder ein verlässlicher Busfahrplan auf dem Land. Stattdessen entschied er selbst, was er finanzierte – und was nicht. Und wurde dafür gefeiert. Willkommen im Feudalismus 2.0: Der Milliardär gibt dem Volk, was er für schön und sinnvoll hält – und das Volk sagt artig Danke.

Was kaum jemand erwähnt: Kühnes Reichtum fiel nicht vom Himmel. Die Familie Kühne war nicht nur reich – sie war auch früh bei den Nazis. 1933 übernahmen die Brüder Alfred (sein Vater) und Werner Kühne vollständig das Unternehmen Kühne+Nagel, nachdem der jüdische Teilhaber Adolf Maass aus dem Betrieb gedrängt worden war. Im selben Jahr traten beide Brüder in die NSDAP ein. Später organisierte das Unternehmen im Auftrag der Faschisten die Enteignung jüdischer Haushalte in Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Man rollte die Teppiche zusammen, verlor das Mobiliar, während die Eigentümer deportiert wurden – darunter auch Adolf Maass, der 1945 in Auschwitz ermordet wurde. Nach dem Krieg wurde der Konzern nicht zerschlagen, sondern wuchs weiter. Der Sohn übernahm, das Unternehmen expandierte, das Erbe blieb unangetastet. Die Geschichte? Wird höchstens in Fußnoten erwähnt. Und wenn der Sohn des Nazi-Profitteurs großzügig spendete, nennt man das dann „bürgerliches Engagement“.

Kühne ist kein Einzelfall. In der heutigen Bundesrepublik besitzen die reichsten 1 % mehr Vermögen als die ärmsten 75 % zusammen. Und sie werden jedes Jahr reicher – nicht durch Arbeit, sondern durch Erbschaft, Kapitalerträge und politische Rücksichtnahme. Während Lohnabhängige jeden Cent versteuern, verschieben Milliardäre ihre Gewinne über Steueroasen wie die Schweiz unter Zuhilfenahme von Holdings und Stiftungen. Und der Staat? Schaut weg – oder bedankt sich, wenn einer freiwillig ein Opernhaus finanziert.

Im Sozialismus gäbe es keine Kühnes. Keine Opern, die mit Blutgeld gebaut werden. Keine Erzieherinnen, die auf Spenden warten müssen. In der DDR und der Sowjetunion war Eigentum an Grund, Boden und Großbetrieben keine private Spielwiese, sondern gesellschaftlich organisiert. Dividenden in Milliardenhöhe für Einzelne? Undenkbar. Weil Reichtum dort nicht die Folge von Ausbeutung, sondern ein Produkt der Arbeit aller sein sollte – und der Gesellschaft gehörte, nicht dem Aktionär.

Schweiz, um Steuern zu vermeiden. „Aber er hat doch gespendet!“ werden nun manche einwerfen. 300 Millionen Euro – das klingt groß. Ist es aber nicht. Denn wenn Klaus-Michael Kühne so besteuert worden wäre wie ein normaler Arbeiter, hätte der Staat jährlich rund 1,5 bis 2 Milliarden Euro aus seinem Vermögen und Einkommen einnehmen können. Das sind sechs Opernhäuser pro Jahr – oder bes-

Vom Kreuzfahrt- zum Kriegsschiff?

Wie Mecklenburg-Vorpommerns Werften wieder für die Aufrüstung produzieren

In Wismar entstehen die Voraussetzungen für eine moderne U-Boot-Fertigung. In Rostock betreibt die Bundeswehr inzwischen ein eigenes Marinearsenal. Milliardenaufträge für Fregatten und U-Boote werden von Politikern fast aller Parteien als gute Nachricht für den Standort gefeiert. Doch was bedeutet diese Entwicklung tatsächlich?

Noch vor wenigen Jahren standen die großen Werften in Wismar, Rostock-Warnemünde und Stralsund vor allem für den zivilen Schiffbau. Mit der Pleite der MV Werften 2022 begann eine neue Entwicklung. Der Bund kaufte die Warnowwerft in Rostock-Warnemünde für 87 Millionen Euro und machte daraus ein Marinearsenal der Bundeswehr. Rund 500 Arbeitsplätze sollten erhalten bleiben. Bei der feierlichen Übergabe im Januar 2023 sprach die damalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht von einem „ganz besonderen Moment“. Die Bundeswehr feierte die Übernahme als Ausdruck der „Zeitenwende“.

In Wismar übernahm Thyssen Krupp Marine Systems (TKMS) den Werftstandort. Der Konzern investiert rund 220 Millionen Euro in den Ausbau. Herzstück ist eine etwa 100 Millionen Euro teure neue Fertigungslinie für U-Boote. Im September 2026 soll sie in Betrieb gehen.

Milliarden für U-Boote

Die Auftragslage ist entsprechend. Die Bundesrepublik und Norwegen haben sechs U-Boote des Typs 212CD bestellt. Im Juli 2026 entschied sich auch Kanada für TKMS als bevorzugten Anbieter von bis zu zwölf weiteren U-Booten dieses Typs. Der reine Bauauftrag wird auf etwa 20 Milliarden Euro geschätzt, über die gesamte Lebensdauer könnte das Volumen rund 60 Milliarden Euro erreichen. Der endgültige Vertrag soll bis spätestens Ende 2027 geschlossen werden. Die kanadischen Boote sollen teilweise in Wismar gebaut werden.

Damit entsteht eine gemeinsame Flotte von bis zu 24 U-Booten für Deutschland, Norwegen und Kanada. Das ist kein gewöhnliches Exportgeschäft. Die drei NA-

TO-Staaten bauen ihre militärischen Fähigkeiten im Nordatlantik und in der Arktis aus – ausdrücklich mit Blick auf die Konfrontation mit Russland. TKMS-Chef Oliver Burkhard formuliert das Produktionsziel entsprechend: „Wir wollen 1,5 U-Boote pro Werft und Standort pro Jahr liefern.“

Auch bei den Fregatten geht es um Milliarden

Parallel wird die deutsche Fregattenflotte ausgebaut. Im Juni 2026 wurde das



Motiv einer DDR-Briefmarke

bisherige F126-Programm beendet. Ursprünglich war das Projekt unter der Bezeichnung Mehrzweckkampfschiff MKS 180 gestartet worden. Die Kosten waren erheblich gestiegen. Nun sollen Fregatten des Typs MEKO A-200 beschafft werden. Für die ersten vier Schiffe genehmigte der Bundestag Anfang Juli rund 6,3 Milliarden Euro. Weitere vier könnten für etwa 5,3 Milliarden Euro folgen. Die deutschen Marineplanungen werden ganz offensichtlich zunehmend auf einen möglichen Großmachtkrieg ausgerichtet. Vorgesehen sind unter anderem 15 Fregatten und sechs bis neun U-Boote.

Was sich hier vollzieht, ist also mehr als die Rettung einzelner Werftstandorte. Die Bundesrepublik baut militärische Produktionskapazitäten für einen möglichen großen Krieg aus.

„Arbeitsplätze“ – aber wofür?

Politiker aller großen Parteien begrüßen diese Entwicklung vor allem mit einem Argument: Arbeitsplätze. Natürlich

brauchen die Menschen in Wismar, Rostock und Stralsund sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Aber damit ist die entscheidende Frage noch nicht beantwortet: Was wird produziert, für wen wird produziert – und wer entscheidet darüber?

Die Milliarden für die neuen Kriegsschiffe kommen aus öffentlichen Haushalten. Der Staat schafft damit Absatz und Planungssicherheit für die Rüstungsindustrie. Die Beschäftigten verkaufen ihre Arbeitskraft, während die Unternehmen

mit den staatlich finanzierten Aufträgen Geschäfte machen. Die Interessen der Beschäftigten und die Interessen des Rüstungskapitals sind deshalb nicht dasselbe. Ein Arbeitsplatz wird nicht dadurch gesellschaftlich sinnvoll, dass er einen Lohn sichert. Warum soll ein Werftarbeiter vor die Wahl gestellt werden: Kriegsschiffe bauen oder Arbeitsplatz verlieren? Die hochqualifizierten Fähigkeiten der Beschäftigten könnten ebenso für zivile und gesellschaftlich notwendige Produktion eingesetzt werden. Die eigentliche Frage lautet deshalb: Wem gehören die Produktionsmittel und welchem Zweck dient die Produktion?

Ein Blick zurück

Auch die Geschichte der Werften ist eine Eigentums Geschichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die großen ostdeutschen Werften grundlegend neu organisiert. In Stralsund, Warnemünde und Wolgast entstanden volkseigene Werften; in Wismar wurde die Mathias-

Thesen-Werft aufgebaut. Die Werften waren Teil einer sozialistischen, auf gesellschaftliche Bedürfnisse und zivile Produktion ausgerichteten Wirtschaftsordnung. Natürlich hatte auch die DDR-Wirtschaft ihre Probleme und Widersprüche. Aber der grundlegende Unterschied zum Kapitalismus bestand darin, dass die entscheidenden Produktionsmittel überwiegend in gesellschaftlichem beziehungsweise Volkseigentum standen. Die Produktion sollte nicht der privaten Bereicherung einer kleinen Eigentümergruppe dienen. Man hatte aus dem Grauen von Faschismus und Weltkrieg Lehren gezogen. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ und „die Wurzeln des Faschismus bekämpfen“ waren keine hohlen Phrasen, sondern stark im Bewusstsein der Menschen verankert. Heute erleben wir die umgekehrte Entwicklung: Die industrielle Basis wird zunehmend wieder auf militärische Produktion ausgerichtet – und private Konzerne verdienen daran.

Gegen den Krieg – für eine andere Produktion

Die Alternative lautet deshalb nicht: Arbeitsplätze oder Frieden. Die Alternative lautet: Wer verfügt über die Produktionsmittel und welchem Zweck dient die Produktion?

Die Beschäftigten in Wismar, Rostock und Stralsund brauchen sichere Arbeitsplätze. Sie brauchen gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Aber sie brauchen keine Rüstungsindustrie, die ihnen ihre Arbeitsplätze als Druckmittel gegen den Frieden entgegenhält. Warum sollen Milliarden in Kriegsschiffe und U-Boote fließen, während gleichzeitig Krankenhäuser geschlossen, Schulen vernachlässigt und öffentliche Infrastruktur kaputtgespart werden? Eine Gesellschaft, die ihre technischen Fähigkeiten und ihre Arbeitskraft wirklich für die Menschen einsetzen will, muss die Produktion dem privaten Profitinteresse entziehen. Arbeitsplätze für die Bedürfnisse der Menschen – nicht für Krieg und Profit. Die Eigentumsfrage entscheidet.

Wer ist die KPD?



Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde 1918/19 unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet. Sie entstand aus dem Widerstand gegen Krieg und Sozialabbau und verstand sich von Anfang an

als konsequente Vertreterin der Arbeiterklasse. In der Weimarer Republik kämpfte sie gegen Ausbeutung, Militarismus und Faschismus. Nach 1933 wurde die KPD verboten. Tausende Mitglieder wurden verfolgt, inhaftiert oder ermordet. Unter Ernst Thälmann blieb sie ihrer antifaschistischen Linie treu. Nach 1945 wirkten Kommunistinnen und Kommunisten am antifaschistischen Neubeginn mit. In der DDR setzte die Tradition der KPD in der SED fort.

Nach der Konterrevolution 1989/90 und der Rückkehr kapitalistischer Verhältnisse wurde die KPD im Januar 1990 neu gegründet. Sie knüpft an die revolutionären und antifaschistischen Traditionen der



deutschen Arbeiterbewegung an und steht auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit über den Profitinteressen weniger stehen. Ihr Ziel ist der Sozialismus.

Kommunen: Mit dem Rücken zur Wand

Immer mehr Städte und Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Fehlende Einnahmen, steigende Kosten und eine chronische Unterfinanzierung gefährden die kommunale Daseinsvorsorge. Notwendige Investitionen in Schulen, Wohnungen, Verkehr, Kultur und soziale Einrichtungen können vielerorts nicht mehr ausreichend finanziert werden.

Gleichzeitig erschweren Schuldenbremsen und Haushaltsauflagen die Aufnahme neuer Kredite. Dadurch entsteht ein politischer Druck zu Kürzungen, dem Verkauf öffentlichen Eigentums und der Privatisierung kommunaler Aufgaben. Eine zentrale Ursache liegt darin, dass Bund und Länder den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne die tatsächlichen Kosten vollständig zu übernehmen. Städte und Gemeinden müssen für soziale Leistungen, Pflege, Unterbringung und viele weitere Aufgaben aufkommen, erhalten dafür aber oft nur einen Teil der notwendigen Mittel.

Während Kommunen zum Sparen, Kürzen und Privatisieren gezwungen werden, steigen die Ausgaben für Aufrüstung und



Rathaus Rostock (Urheber: Digr / Wikimedia Commons / CC BY 3.0)

Kriegsvorbereitung. Milliarden fließen in Rüstung, während vor Ort Schwimmbäder geschlossen, Infrastruktur vernachlässigt und soziale Angebote abgebaut werden. Die kommunale Finanzkrise ist kein Naturereignis, sondern Folge politischer Entscheidungen. Entscheidungen die so gewollt sind. Eine starke öffentliche Daseinsvorsorge erfordert eine ande-

re Priorität: Nicht Waffen und Profite, sondern die Bedürfnisse der Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Die KPD setzt sich für die Abschaffung der Schuldenbremse, eine Reform der Gemeindefinanzierung und starke handlungsfähige Kommunen ein.

„Schaut hinter die Kulissen.“

Im Gespräch mit Christine Melcher, Spitzenkandidatin der KPD zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Christine, stell dich unseren Leserinnen und Lesern zunächst einmal vor. Wer bist du, woher kommst du und was hat dich in deinem Leben geprägt?

Mein Name ist Christine Melcher. Geboren wurde ich 1953 in Westerhausen im damaligen Kreis Quedlinburg. Dort bin ich behütet aufgewachsen. Meine Eltern waren fleißige Arbeiter, politisch allerdings nicht besonders interessiert.

Von 1970 bis 1974 studierte ich am Institut für Lehrerbildung in Quedlinburg und wurde Lehrerin für die unteren Klassen. Danach war ich in verschiedenen Bereichen der Volksbildung der DDR tätig. Später arbeitete ich als Sportlehrerin an der Wladimir-Komarow-Oberschule in Stendal.

Geprägt haben mich besonders zwei meiner Onkel. Der eine kam jedes Jahr aus der BRD zu Besuch und trat schon damals sehr überheblich auf. Das hat meinen Widerstand geweckt. Der andere war Genosse. Seine ruhige und souveräne Art war für mich ein großes Vorbild. Auch meine Eltern haben mich geprägt. Sie waren keine großen Redner. Sie haben einfach ihre Arbeit ordentlich gemacht. Für mich waren Menschen immer dann Vorbilder, wenn Wort und Tat übereinstimmten.

Du lebst heute in Wismar. Was verbindet dich mit Mecklenburg-Vorpommern?

Mit Wismar und der Insel Poel verbinde ich wunderbare Erinnerungen. Meine Schwiegereltern stammten aus der Gegend, deshalb haben wir hier viele Urlaube verbracht. Wir waren drei Wochen zelten, haben mit Bekannten geangelt, Fische auf dem Campingplatz geräuchert und mit Onkeln und Tanten gegrillt. Ich kenne hier fast alle Zeltplätze mit Vornamen.

Seit zwei Jahren wohne ich nun in Wismar. Was mir von Anfang an gefallen hat, sind die Sauberkeit, die Freundlichkeit und die Aufgeschlossenheit der Menschen. Selbst im Stadtbus kommt man schnell ins Gespräch.

Was wolltest du als Kind einmal werden? Hat sich davon etwas erfüllt?

Buskassiererin! Meine Eltern hatten kein Auto und die Fahrscheinverkäuferin im Bus hat mich damals sehr beeindruckt.

Aber im Ernst: Seit der zweiten Klasse stand für mich fest, dass ich Lehrerin werden wollte. Ich war eine gute Schülerin, engagierte mich in der FDJ und durfte studieren, obwohl meine Eltern Arbeiter waren.

Nach der Konterrevolution wurde mein Abschluss als Unterstufenlehrerin in der BRD nicht anerkannt. Später arbeitete ich an einer Volkshochschule und half jungen Erwachsenen, die in diesem kapitalistischen System abgehängt worden waren, zum Real schulabschluss. Diese Erfahrungen

haben mein politisches Bewusstsein noch einmal geschärft.

Wann hast du gemerkt, dass du dich nicht nur für dich selbst, sondern auch gesellschaftlich und politisch einbringen möchtest?

In der DDR war es selbstverständlich, sich füreinander zu interessieren. Wenn meine Schulfreundin zum Beispiel im Garten helfen musste, habe

Fähigkeiten auf ganz unterschiedlichen Gebieten entwickeln.

Du bist heute Rentnerin. Warum engagierst du dich weiterhin politisch und kandidierst für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern?

Wenn man in einem sicheren und fortschrittlichen Staat lebt, nimmt man vieles als selbstverständlich hin. So ging es auch mir. Arbeit, Wohnung,

hervorgebracht hat. Das muss wieder ins Bewusstsein kommen.

Wenn du heute mit Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ins Gespräch kommst – welche Sorgen und Wünsche hörst du besonders häufig?

Vielen Menschen brennt so vieles auf der Seele, dass man schnell ins Gespräch kommt. Ein großes Thema ist die medizinische Versorgung. Für einen Facharzttermin, wenn man denn einen bekommt, muss man teilweise Stunden mit dem öffentlichen Linienbus bis ins Krankenhaus fahren. Auch die Rente reicht bei vielen hinten und vorn nicht. So mancher muss trotz Krankheit noch arbeiten, zum Beispiel bei der Post oder im Pflegeheim. Ein weiteres großes Thema ist Schule und Bildung. Bei Eltern und Lehrern herrscht große Unzufriedenheit.

Wo liegen aus deiner Sicht die Ursachen für diese Entwicklungen?

Die Ursachen liegen in der Gesellschaftsordnung, im Kapitalismus. Die Bürger der BRD sind mit ständigen Erhöhungen der Lebenshaltungskosten, der Mieten und anderen Belastungen aufgewachsen. Dafür wurden ihnen immer wieder fadenscheinige Begründungen geliefert – vor allem mit der Angst vor dem „Kommunismus“.

Wir DDR-Bürger haben durch unsere umfassende Schulbildung gewusst, was Kapitalismus bedeutet. Leider sind viele Menschen auf die zuckersüßen Worte eines Herrn Kohl hereingefallen. Angesichts der heutigen Entwicklung erinnern sie sich vielleicht wieder an das, was sie früher gelernt haben.

Das erklärt meiner Meinung nach auch die große Unzufriedenheit vieler Menschen in Ostdeutschland. Aber nicht nur da.

Die KPD stellt deshalb die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt ihrer Politik. Warum ist die Frage, wem Betriebe, Banken, Wohnungen, Grund und Boden und die gesellschaftlichen Produktionsmittel gehören, so entscheidend?

An der derzeitigen Entwicklung kann man genau ablesen, in wessen Interesse Politik gemacht wird. Die vielgepriesene „Demokratie“ hat mit der ursprünglichen Bedeutung des Wortes wenig zu tun. Das Volk dient als Zahlmeister, damit eine kleine Gruppe von Reichen noch reicher wird. Deshalb muss die Eigentumsfrage gestellt werden: Wem gehören die Produktionsmittel? Wer entscheidet darüber, was produziert wird, wie gearbeitet wird und wohin die erwirtschafteten Gewinne fließen?

Solange die entscheidenden Bereiche der Gesellschaft in den Händen derjenigen liegen, die damit Profit



ich mit ihrer kleinen Schwester Hausaufgaben gemacht. So hatten wir beide anschließend mehr Zeit für unsere Hobbys – ganz einfache Rechnung. Auch in unserem Dorf gab es viele Möglichkeiten, sich einzubringen. Zum 20. Jahrestag der Republik wurde ich ausgewählt, bei der Feierstunde ein Gedicht vorzutragen. Das empfand ich als große Ehre.

Wir Jugendlichen hatten uns als Treffpunkt das Buswartehäuschen ausgesucht. Das war allerdings nicht gewünscht. Also organisierten wir als FDJ der Schule Diskos. Die Gemeinde richtete schließlich einen Clubraum ein, den wir selbst verwalteten.

Auch am Institut für Lehrerbildung war gesellschaftliches Engagement selbstverständlich. Ich wurde in die Leitung der Fachschulsportgemeinschaft gewählt und war Mitglied im Singclub des IFL. So konnte ich meine

Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung – all das war da. Und dass es so bleibt, dafür sorgten andere. So haben sicher viele DDR-Bürger gedacht. Wir hatten die sozialistische Staatengemeinschaft, den RGW, den Warschauer Vertrag und eine sichere Grenze. Am Parteilehrjahr habe ich misstrauisch teilgenommen. Und dann war plötzlich der Kapitalismus da – über Nacht.

Kapitalismus wollte ich auf keinen Fall. Leider hat mich niemand gefragt. Diese Erfahrung hätte ich meinen Kindern und meiner Enkeltochter gern erspart. Seit mehr als 30 Jahren wird in den Medien auf der DDR herumgetrampelt und es werden ihre Er rungenschaften in den Dreck gezogen. Dem möchte ich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken. Natürlich gab es Probleme, aber die DDR war für mich das Beste, was die deutsche Arbeiterklasse

machen wollen, werden auch politische Entscheidungen von diesen Interessen geprägt. Gewinne werden privatisiert und die Verluste sozialisiert. Wie man aktuell bei den Plänen zur Rentenreform sehen kann, - aber nicht nur da.

Erst wenn die Menschen erkennen, was die eigentliche Ursache der Probleme ist, werden sie handeln. Unsere Aufgabe ist es, darüber aufzuklären.

Was würde eine Politik, die sich an den Interessen der arbeitenden Menschen orientiert, in Mecklenburg-Vorpommern konkret verändern?

Entscheidend ist zunächst die Eigentumsfrage. In der DDR befanden sich die grundlegenden Produktionsmittel und viele wichtige Güter in Volkseigentum. Die Wirtschaft sollte sich am gesellschaftlichen Bedarf und nicht am Profit privater Eigentümer orientieren. Natürlich muss man auch die Probleme und Fehler der DDR-Wirtschaft kritisch betrachten. Aber der grundlegende Unterschied bleibt: Dient eine Volkswirtschaft vor allem der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und damit der Gesellschaft – oder dient sie der privaten Bereicherung einer kleinen Gruppe von Eigentümern?

Heute bestimmen die Eigentumsverhältnisse, in wessen Interesse produziert und gewirtschaftet wird. Das zeigt sich auch in Mecklenburg-Vorpommern. Der Bau von Kriegsschiffen in Wismar und Stralsund wird mit Arbeitsplätzen begründet. Aber die Frage muss doch auch sein: Was wird produziert und in wessen Interesse? Arbeit allein kann kein Argument dafür sein, die Rüstungsproduktion immer weiter auszubauen. Auch bei Landwirtschaft, Handwerk und Fischerei geht es letztlich um die Frage, wer über die Produktionsbedingungen verfügt und wer von der Arbeit profitiert. Die Interessen der arbeitenden Menschen müssen Vorrang vor den Profitinteressen des Kapitals haben.

Das ist für mich der entscheidende Punkt: Wir brauchen nicht einfach eine andere Regierung, sondern andere gesellschaftliche Verhältnisse. Solange die entscheidenden Produktionsmittel in den Händen des Kapitals liegen, bleibt auch die Politik von dessen Interessen geprägt.

Bund und Länder geben immer mehr Geld für Aufrüstung und Militarisierung aus. Gleichzeitig fehlt es an Geld für Gesundheit, Bildung, Wohnen und soziale Leistungen. Wie bewertest du diese Entwicklung?

Die Gefahr eines neuen großen Krieges ist für viele Menschen heute wieder deutlich spürbar. Gleichzeitig werden Milliarden für Aufrüstung und Mobilmachung ausgegeben, die an anderer Stelle fehlen – bei Gesundheit, Bildung, Rente und sozialen Leistungen. Deshalb gehören für uns der Kampf für den Frieden und der Kampf gegen Sozialabbau untrennbar zusammen. Wenn wir wirklich Frieden wollen, müssen wir auch fragen, welche gesellschaftlichen Interessen hinter der zunehmenden Militarisierung stehen. Ein friedliches Zusam-

menleben der Völker ist unter kapitalistischen Verhältnissen nicht dauerhaft möglich. Deshalb kämpfen wir für eine Gesellschaftsordnung, die auf Frieden und Solidarität beruht.

Viele Menschen sind unzufrieden mit der Politik, glauben aber, dass sie ohnehin nichts verändern können. Was möchtest du ihnen sagen?

Wenn das schon immer so gewesen wäre, wären wir noch in der Steinzeit. Was wir geschaffen haben, ist von Menschen gemacht. Es ist nicht gottbestimmt. Also können Menschen es auch verändern. Schließt euch zusammen. Redet miteinander. Ihr seid nicht allein. Wenn mehr Menschen erkennen, dass sie gemeinsam etwas verändern können, ist sehr viel möglich, was heute noch undenkbar erscheint.

Was unterscheidet die KPD von den anderen Parteien, die zur Landtagswahl antreten?

Ich bin ganz ehrlich: Wir sind hier in Mecklenburg-Vorpommern sehr wenige Genossen. Aber wir stehen zu dem, was wir sagen, und lassen uns nicht verbiegen. Unsere wichtigste Aufgabe ist deshalb heute die Aufklärung. Wir wollen den Menschen zeigen, wie die gesellschaftlichen Zusammenhänge wirklich sind und warum sich grundlegende Veränderungen nicht allein durch einen Wechsel der Regierung erreichen lassen. Wir wissen auch, dass wir nicht alles sofort verändern können. Aber wir wollen einen Anfang machen und Menschen zusammenbringen, die nicht bereit sind, sich mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden.

Welches Buch hat dich besonders beeindruckt oder begleitet – und warum?

Da gibt es viele. Die DDR war schließlich ein Leseland. Besonders beeindruckt haben mich Bücher, die vom Aufbruch in eine sozialistische Gesellschaft erzählen – natürlich Ostrowskis Wie der Stahl gehärtet wurde, Scholochows Neuland unterm Pflug oder Steinbergs Pferdewechsel.

Zum Schluss noch etwas Persönliches: Was gibt dir Kraft, wenn die Zeiten schwierig sind? Und worüber kannst du herzlich lachen?

Viel Zeit bleibt mir heute nicht für Hobbys. Musik hat mich aber mein ganzes Leben begleitet und mir immer wieder Kraft gegeben. Und lachen kann ich über Situationskomik und natürlich über so manchen guten Witz.

Christine, welche Botschaft möchtest du den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl mit auf den Weg geben?

Lasst euch nicht von schönen Worten beeindrucken. Schaut hinter die Kulissen. Macht euer Kreuz ruhig mal bei denen, die ohnehin als absolute Außenseiter gelten und über die nicht groß gesprochen wird. Die KPD tritt nur mit einer Landesliste an. Ihr könnt uns mit der Zweitstimme wählen – unabhängig davon, wem ihr die Erststimme gebt. **Macht's doch mal! Gemeinsam sind wir stark.**

„Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“

Am 20. September haben die Wählerinnen und Wähler in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit, ihre Stimme für eine Politik abzugeben, die nicht bei den Symptomen stehen bleibt.

Seit 1990 wurden Betriebe privatisiert, Arbeitsplätze vernichtet und öffentliche Einrichtungen den Profitinteressen untergeordnet. Heute entscheiden Konzerne und Finanzkapital darüber, wo investiert wird und was sich „rechnet“.

Aber eine entscheidende Frage wird kaum gestellt: Wem gehört der gesellschaftliche Reichtum?

Die KPD sagt: Er muss den Menschen dienen, die ihn schaffen.

Wir kämpfen für gute Arbeit, sichere Renten, bezahlbare Wohnungen, starke öffentliche Daseinsvorsorge und Frieden statt Aufrüstung. Dafür muss die Wirtschaft demokratisch geplant und der Einfluss des Finanzkapitals zurückgedrängt werden.

Wer die Verhältnisse verändern will, muss die Eigentumsfrage stellen.

Unser Landtagswahlprogramm zeigt, was wir in Mecklenburg-Vorpommern konkret verändern wollen:

www.waehlt-kpd.de



Am 20. September KPD wählen!

Altersarmut ist politisch gemacht

Altersarmut ist für viele Realität, wie eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Sommer ergab: Mehr als 60 Prozent der Rentnerinnen erhalten eine gesetzliche Altersrente unterhalb der Armutsgrenze. Bei Männern betrifft dies rund 28 Prozent. Besonders betroffen sind Frauen, die häufiger in schlecht bezahlten Berufen arbeiten, Teilzeit leisten oder unbezahlte Sorgearbeit übernehmen.

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern wirken die Folgen niedriger Löhne, unterbrochener Erwerbsbiografien und der tiefgreifenden Veränderungen nach 1990 bis heute nach. Auch 35 Jahre nach der Herstellung der sogenannten „Einheit“ bestehen zwischen Ost und West massive Unterschiede. Wer sein Arbeitsleben lang wenig verdient, kann auch keine hohe Rente erwarten. Altersarmut fällt nicht vom Himmel – sie wird im Arbeitsleben produziert. Bis heute wer-

den die Lebensleistungen vieler Ostdeutscher nicht anerkannt. Niedrige Renten sind kein Zufall, sondern Ergebnis einer Politik, die die Kosten des kapitalistischen Systems auf die arbeitenden Menschen abwälzt. Während Konzerne und Vermögende profitieren und heute wieder Milliarden in die Aufrüstung fließen, müssen immer mehr Menschen im Alter jeden Euro umdrehen.

Ein würdiger Lebensabend ist kein Almosen, sondern das Recht derjenigen, die jahrzehntelang gearbeitet und die Gesellschaft aufgebaut haben. Das ist keine Naturgewalt, sondern eine politische Entscheidung. Die DDR zeigte, daß soziale Sicherheit zum politischen Auftrag des Staates gemacht werden kann. Die KPD will diesen Anspruch wieder zum politischen Ziel machen: Arbeit muß zum Leben reichen – auch im Alter.

Sie wollten den Krieg – wir wollten den Frieden

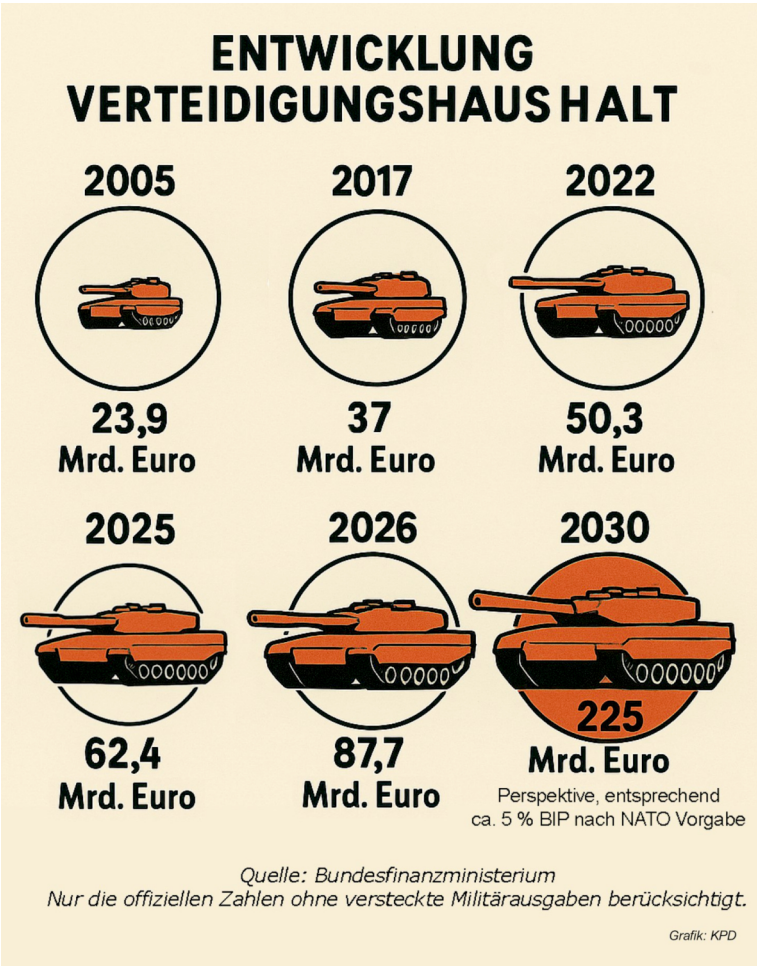
Als die deutschen Militäristen zum Krieg rüsteten, standen Kommunisten gegen sie. Heute wird wieder aufgerüstet. Was ist unsere Antwort?

Es ist eine alte Methode der Herrschenden: Sie rüsten auf und nennen es Frieden. Sie bereiten den Krieg vor und sprechen von Sicherheit. Sie verlangen von den Werktätigen Opfer und erklären ihnen zugleich, sie müßten stolz darauf sein, im Ernstfall ihr Leben für die Interessen anderer zu geben.

So war es auch vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte die Gefahr des Faschismus und des imperialistischen Krieges früh erkannt. Sie stellte sich gegen die Aufrüstung, gegen die Militarisierung und gegen die Vorbereitung eines neuen Völkermordens. Als den Faschisten die Macht übertragen wurde, ließ sich die KPD auch durch Verbote, Terror, Gefängnisse und Hinrichtungen nicht zum Schweigen bringen.

Kommunisten kämpften illegal weiter. Sie verbreiteten Flugschriften, informierten über die Verbrechen des Faschismus und wandten sich auch an die Soldaten. Sie riefen dazu auf, nicht zu Werkzeugen der faschistischen Kriegspolitik zu werden.

Das Regime nannte diesen Widerstand „Wehrkraftzersetzung“. Ein Wort, das be-



reits verrät, auf welcher Seite die Justiz des Faschismus stand: Nicht die Vorbereitung eines verbrecherischen Krieges galt als Verbrechen, sondern der Widerstand dagegen. Menschen wurden eingesperrt und hingerichtet, weil sie den Krieg nicht mitmachen wollten. Andere sabotierten die Rüstungsproduktion, verweigerten den Dienst oder versuchten, Soldaten zum Widerstand zu bewegen.

Die Faschisten fürchteten nicht nur den bewaffneten

Gegner. Sie fürchteten vor allem den Menschen, der ihnen den Gehorsam verweigerte. Heute sind die Verhältnisse andere. Aber eine entscheidende Frage bleibt dieselbe: Wer entscheidet über Krieg und Frieden – und wer soll dafür bezahlen? Wieder werden Milliarden in die Rüstung gesteckt. Wieder wird die Bevölkerung auf militärische Bedrohungen eingeschworen. Wieder soll die Bundeswehr wachsen. Wieder wird davon gesprochen, daß die Gesellschaft „kriegs-

tüchtig“ werden müsse. Doch „Kriegstüchtigkeit“ ist kein Naturgesetz. Sie wird politisch hergestellt.

Wer heute die Aufrüstung kritisiert, wer sich gegen die Militarisierung der Jugend wendet, wer Waffenexporte und Kriegsvorbereitung ablehnt, steht damit in einer langen Tradition des Widerstands gegen Faschismus und Krieg. Die entscheidende Lehre aus der Geschichte lautet deshalb nicht, daß wir uns an die Opfer des Widerstands erinnern sollen. Sie lautet: Widerstand muß beginnen, bevor der Krieg beginnt.

Denn wenn die Waffen erst produziert, die Soldaten erst mobilisiert und die Menschen erst an den Krieg gewöhnt sind, wird es schwieriger, ihn zu verhindern. Die Kommunisten von damals wußten: Der beste Zeitpunkt, einen Krieg zu bekämpfen, ist vor seinem Beginn.

Das gilt auch heute. Keine Milliarden für Rüstung! Keine Militarisierung der Gesellschaft! Keine deutsche Kriegspolitik! Kein Mensch darf zum Kanonenfutter für die Interessen der Herrschenden werden! Die Geschichte des antifaschistischen Widerstands ist kein Museumsstück. Sie ist eine Verpflichtung. Den Kriegstreibern gehört der Widerstand – den Völkern der Frieden.

Traum eines deutschen Soldaten

Ich hatte einen fürchterlichen Traum:
Ich war gefallen, tot. Doch fühlte ich,
Sie warfen mich in einen feuchten Raum;
Und andre Leichen rollten über mich.

Es fiel mir nasse Erde ins Gesicht.
Dann war es totenstill. Nun war mir klar:
Es starb mein Leib, doch starb mein Denken nicht;
Und alles wußt ich, was gewesen war.

So lag und sann ich, weiss nicht mehr wie lang.
Da hört ich oben viele Schritte gehen
Und Kinderstimmen, fröhlichen Gesang.
Ach, könnt ich doch die Welt noch einmal sehn!

Da hört ich eine Stimme: Kinder, seht,
Hier wurden die Faschisten einst begraben,
Verbrecher, die das Land mit Blut besät,
Die es verwüstet und geplündert haben!

Da war's, als schöss' es heiß mir ins Gesicht.
Ich wollte schrein aus meinen toten Lungen.
Ich wollte schrein: Hört doch! Ich war es nicht!
Ich bin nicht schuld: sie hatten mich gezwungen!-

Vor Schrecken wacht ich auf. Im Morgenrot
Sah ich sie winken drüben aus den Gräben.
Da lief ich fort vor einem Hundetod
Und lief nach dort ins ehrenhafte Leben.

Erich Weinert

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Fliesen und Sanitärkeramik „Kurt Bürger“ Boizenburg

Das alte griechische Wort für Ton heißt „Keramos“. Wir verstehen unter Keramik heute gebrannten Ton.

Als 1964 die VVB Glas/Keramik gebildet wurde, gehörten dazu neben den Glasherstellern sowohl die Betriebe, die technische Keramik als Isolatoren für die Elektrizitätswirtschaft herstellten, desweiteren jene, welche grobe Keramik (Ziegel) produzierten und ab 1979 zum schon behandelten Kombinat Bau- und Grobkeramik Halle gehören sollten, als auch jene, die eben keine grobe, sondern feine Keramik zu produzieren hatten. So entstand das Kombinat Feinkeramik Kahla. Da ging es um Porzellan für Geschirr usw. Dazwischen gibt es im Prinzip noch mittlere Keramik, obwohl so ein Begriff nirgends auftaucht. Eher spricht man von glasierter Baukeramik und meint Fliesen, Kacheln, Klo- und Waschbecken.

Auch diese Betriebe erhielten ihr eigenes Kombinat, zunächst, noch unter dem Dach der VVB, ab 1973 das Kombinat Baukeramik, dann den VEB Kombinat Fliesen und Sanitärkeramik „Kurt Bürger“ Boizenburg, als die VVB zum Ende 1978 aufgelöst wurde. Gründungsdatum ist also der 1.1.1979. Der Stammbetrieb befand sich in Boizenburg an der Elbe, der westlichsten Stadt Mecklenburgs, und firmierte vor dem Krieg als Plattenfabrik Boizenburg. Diese wurde 1945 nicht demontiert, sondern wieder angefahren und produzierte Fliesen für die Sowjetunion. Ab 1.11.1946 war sie Teil der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG)

Baustoffe „Zement“ Berlin-Weißensee. Zum 1.Mai 1952 wurde sie als Boizenburger Plattenfabrik in DDR-Volkseigentum überführt. Zu dieser Zeit erzeugten 2118 Arbeitskräfte 178 Millionen Stück Fliesen pro

Jahr. Der Höhepunkt des Exportgeschäftes wurde auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1957 erreicht. Als gegen Ende der 1960er Jahre die Konzentration der DDR-Wirtschaft planmäßig vorangetrieben wurde, wurden das Dachziegelwerk Karstädt, das Mosaikplattenwerk Zahna und das Bodenfliesenwerk Friedland vom Boizenburger Betrieb integriert. 1973, bei der ersten Kombinatbildung, kamen die Plattenwerke Meißen und das Ofenkachelwerk Velten hinein. Dem Stammbetrieb VEB Fliesen- und Sanitärkeramik

Boizenburg wurden zum 1.1.1979 desweiteren die Sanitärwerke Dresden, Haldensleben und Wallhausen unterstellt, um das gleichnamige Kombinat zu bilden. Später kam noch das Steinzeugwerk Zwickau hinzu. Damit waren 1989 ca. 6200 Mitarbeiter im Kombinat tätig, davon 1654 im Stammbetrieb. Letztere schufen nun pro Jahr sechseinhalb Millionen Quadratmeter Wandfliesen im neuen, selbst entwickelten Einbrandverfahren. Der Stammbetrieb erhielt nach dem Pseudonym des KPD- und Komintern-Funktionärs, Spanienkämpfers und Landesvorsitzenden der KPD und SED Mecklenburg-Vorpommerns, Karl Ganz, den

Ehrentitel Kurt Bürger. Dieser Name übertrug sich auf das ganze Kombinat, zu dem neben dem Boizenburger Werk 1989 noch die VEB Keramische Werke Haldensleben (1150 Leute, Klobecken), Plattenwerk „Max Dietel“ Meißen (Ofenkacheln, größtes DDR-Fliesenwerk), Sanitärporzellan Dresden (Klo- und Waschbecken) und Steingutwerk Wallhausen gehörten.

Kombinatslogo war der Schriftzug Boizenburg, bei dem die Unterlänge des Schluß-g als Kreis um den Schriftzug fortgesetzt wurde. Darum herum kam ein auf der Spitze stehendes Quadrat, so daß das Ganze auch das Bild einer Wandfliese sein mochte. Es bestanden viele Möglichkeiten, solche Fliesen künstlerisch zu gestalten.

Schon in kapitalistischer Zeit wurden etwa Kacheln mit den Karl Marx zugeschriebenen Versen produziert: „Wir wollen den Frieden, die Freiheit, das Recht. Daß niemand sei des ander'n Knecht. Daß Arbeit aller Menschen Pflicht und niemand es an Brot gebricht.“ Der wohl bedeutendste (Diplom-)Baukeramiker der DDR kam sicher nicht zufällig auch aus Boizenburg. Er hieß Lothar Scholz, absolvierte die Fachhochschule für angewandte Kunst in Wismar, dann Heiligendamm und war 1958 bis 1966 für den VEB Fliesen und Ofenbau Berlin tätig, der sich ab 1961 VEB Stuck und Naturstein Berlin nannte. Dort leitete er die

Abteilung für Mosaik und Baugestaltung. Neben der Gestaltung von Häusern Unter den Linden, dem Klinikum Berlin-Buch, dem U- und S-Bahnhof Berlin-Alexanderplatz ist sein bekanntestes Werk der 900 Quadratmeter große Mosaikbildfries am Berliner Haus des Lehrers, den Prof. Walter Momacka entwarf. Die Fliesen zu produzieren und am Gebäude anzubringen war aber die Arbeit von Scholz und seinen zwanzig Leuten. Natürlich gestaltete er 1971/72 auch das Fliesenwandbild der heimatlichen Boizenburger Rudolf-Tarnow-Schule. Es zeigt unten einen Werktätigen inmitten moderner Industriebauten, oben Rakete und Atomkern. Weil in der DDR der Frieden das allerwichtigste war, ist es auf diese Thematik bezogen, was sich neben anderem in den links unten angebrachten Versen Goethes ausdrückt:

„Manches Herrliche der Welt
ist in Krieg und Streit zerronnen,
wer beschützt und erhält,
hat das schönste Los gewonnen.“

Den Boizenburger Betrieb nutzte Scholz auch für die Gestaltung von Halle-Neustadt, weil sein Atelier in Berlin dafür nicht ausreichte. Das Haus, in dem sich heute das u.a. vom Fliesenhistoriker und -sammler Ulrich Hamburg gestaltete Fliesenmuseum Boizenburg befindet, hat man nach Lothar Scholz benannt.

Das Kombinat hatte nur einen einzigen Generaldirektor, und zwar Karl-Erich Gertz. Es unterstand dem Ministerium für Bauwesen.



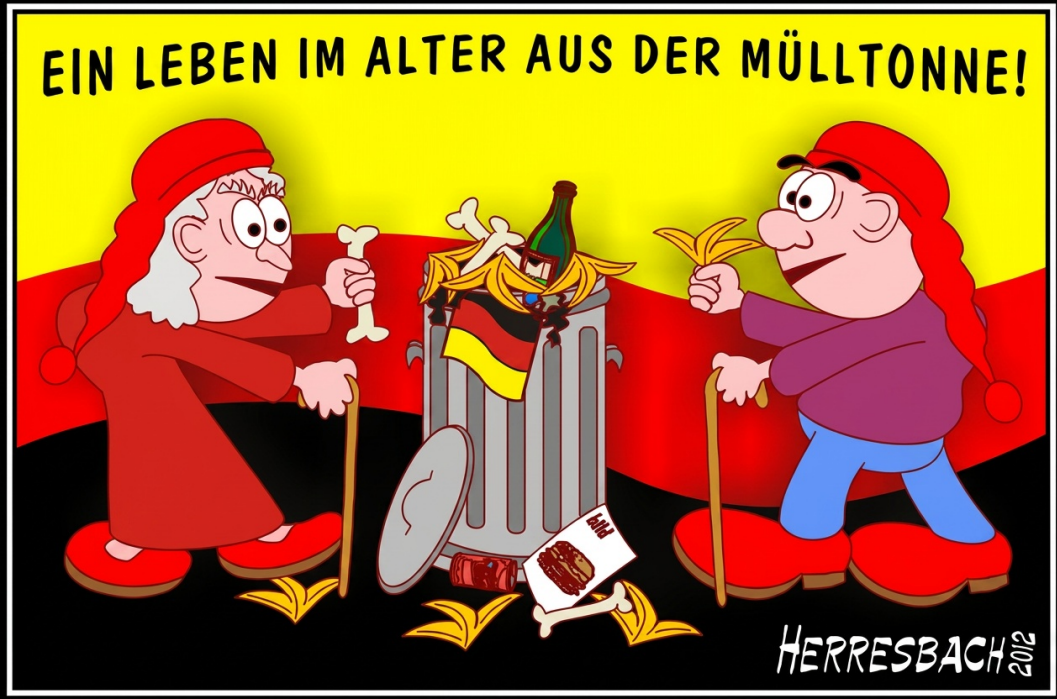
Rente am Kapitalmarkt?

Die Vorschläge der Rentenkommission und die Eigentumsfrage

Wieder einmal steht die gesetzliche Rente auf der politischen Tagesordnung. Im Sommer legte die Rentenkommission der Bundesregierung einen 76-seitigen Bericht mit 33 Empfehlungen für die Zukunft der Alterssicherung vor. In der öffentlichen Debatte werden diese Vorschläge vor allem mit dem demografischen Wandel begründet: Die Menschen würden älter, deshalb müssten entweder die Jüngeren höhere Lasten tragen oder die Älteren länger arbeiten und stärker privat vorsorgen. Doch diese Darstellung greift zu kurz.

Gebühren, enttäuschende Erträge und erhebliche Risiken.

Eine verpflichtende Kapitalrente würde Milliardenbeträge in die Finanzmärkte lenken und damit neue Geschäftsfelder für Banken, Fonds und Vermögensverwalter schaffen. Gleichzeitig sollen große Vermögen und Kapitaleinkünfte weiterhin weitgehend von der Finanzierung der gesetzlichen Rente ausgenommen bleiben. Die Lasten tragen damit erneut vor allem die Lohnabhängigen.



Wer die Vorschläge genauer betrachtet, erkennt zwei zentrale Ziele: Die Menschen sollen länger arbeiten und immer größere Teile der Altersvorsorge sollen „den Finanzmärkten“ überlassen werden. Gleichzeitig wird häufig der Eindruck erweckt, die gesetzliche Rentenversicherung stehe unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Der Beitragssatz liegt seit 2018 stabil bei 18,6 Prozent. Von einem bevorstehenden Zusammenbruch kann keine Rede sein.

Länger arbeiten trotz steigender Produktivität

Die Kommission schlägt vor, die Regelaltersgrenze künftig an die Lebenserwartung zu koppeln. Nach ihren Berechnungen würde das zunächst eine Anhebung von 67 auf 67,5 Jahre bedeuten. Gleichzeitig soll die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren abgeschafft und die Altersgrenze für langjährig Versicherte angehoben werden.

Doch wenn die Produktivität der Arbeit immer weiter steigt, stellt sich eine andere Frage: Wem kommen die Produktivitätsgewinne zugute? Noch nie wurde mit so wenig Arbeitsaufwand so viel gesellschaftlicher Reichtum geschaffen wie heute. Technischer Fortschritt und Digitalisierung könnten kürzere Arbeitszeiten und einen früheren Ruhestand ermöglichen. Stattdessen sollen die Beschäftigten länger arbeiten. Besonders für Menschen in körperlich belastenden Berufen ist das eine Zumutung.

Die Finanzmärkte sollen profitieren

Besonders problematisch sind die Empfehlungen zur Kapitaldeckung. Vorgesehen ist eine verpflichtende Kapitalrente mit individuellen Kapitalkonten. Zwei Prozent des Einkommens sollen zusätzlich am Kapitalmarkt angelegt werden. Auch die betriebliche Altersvorsorge soll weiter ausgebaut werden.

Solche Vorschläge sind seit Jahrzehnten bekannt. Banken, Versicherungen und Investmentfonds drängen auf eine stärkere Privatisierung der Altersvorsorge. Schon die Riester-Rente wurde mit dem Versprechen höherer und sicherer Renditen eingeführt. Die Realität zeigte jedoch hohe

Die Rentenfrage ist eine Eigentumsfrage

Die Gewinne der Rentenfonds entstehen aus der Verwertung von Kapital. Das Geld der Altersvorsorge fließt damit in Unternehmen und Finanzinvestitionen, die auf möglichst hohe Renditen angewiesen sind. Beschäftigte sollen höhere Löhne und sichere Arbeitsplätze fordern, gleichzeitig aber als Anleger von möglichst hohen Unternehmensgewinnen profitieren. Dieser Widerspruch lässt sich nicht auflösen.

Die eigentliche Frage lautet deshalb: **Wer besitzt den gesellschaftlichen Reichtum und wer entscheidet über seine Verwendung?**

Die BRD gehört zu den wirtschaftlich leistungsfähigsten Ländern der Welt. Die Produktivität steigt, der gesellschaftliche Reichtum wächst. Das Problem ist nicht fehlender Reichtum, sondern seine Verteilung. Und diese Verteilung ist wiederum Folge der Eigentumsverhältnisse. Die Beschäftigten schaffen den gesellschaftlichen Reichtum, während über seine Verwendung die Eigentümer großer Unternehmen, Banken und Finanzkonzerne entscheiden.

Eine andere Perspektive

Die DDR ging bei der sozialen Sicherung von einem komplett anderen Ansatz aus. Die Rentenversorgung war Teil eines umfassenden Systems gesellschaftlicher Verantwortung und beruhte nicht auf den Renditeerwartungen von Kapitalmärkten. Entscheidend waren dabei andere Eigentumsverhältnisse: Zentrale Bereiche der Wirtschaft befanden sich im Volkseigentum. Und das war gut so!

Die Rentenfrage sollte nicht als Konflikt zwischen Jung und Alt behandelt werden, - denn das verschleiert die eigentlichen Anliegen derjenigen die mit unserer Rente Profit machen wollen. Es geht darum, wer über den gesellschaftlichen Reichtum verfügt und wofür er eingesetzt wird. Steigende Produktivität könnte den Menschen kürzere Arbeitszeiten, einen sicheren Lebensabend und einen würdigen Ruhestand ermöglichen. **Wer die Rente dauerhaft sichern will, kommt an der Eigentumsfrage nicht vorbei.**

Was wollen die Parteien wirklich?

Wahlkampf besteht aus großen Versprechen und bunten Plakaten. Doch was sagen die Parteien eigentlich zu den konkreten Fragen, die das Leben der Menschen betreffen?

Vergleichsportale wie der **Wahl-O-Mat** ermöglichen es, die Positionen der Parteien anhand zahlreicher Thesen miteinander zu vergleichen. Natürlich hat das alles seine Grenzen, aber auch die KPD hat alle Fragen beantwortet.

Allerdings lassen sich viele politische Fragen nicht sinnvoll mit einem einfachen Ja, Nein oder Enthaltung beantworten. Deshalb haben wir unsere Antworten jeweils kurz begründet. So kann jeder nachlesen, warum wir eine bestimmte Position vertreten.

Wir empfehlen: Nicht nur Wahlwerbung anschauen, sondern vergleichen! Wo stehen die Parteien bei Löhnen und Renten, Wohnen und Gesundheit, Bildung, Frieden und Ausrüstung? Und welche Antworten gehen über die Verwaltung bestehender Verhältnisse hinaus?

Vergleicht die KPD mit den anderen Parteien und lest anschließend unser vollständiges Landtagswahlprogramm:

www.waehlt-kpd.de

Denn entscheidend ist nicht nur, was eine Partei verspricht, sondern in wessen Interesse sie Politik macht.

Wohnen wird zur Klassenfrage

Die Mieten in den Großstädten steigen weiter. Laut einer Ende Juli erschienenen Analyse des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) werden Mieter in deutschen Städten immer stärker zur Kasse gebeten. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wird Wohnen zunehmend zur sozialen Frage. Besonders in Rostock, Schwerin, Greifswald und den touristisch geprägten Regionen steigen die Mieten, während bezahlbarer Wohnraum knapp bleibt. Für viele Beschäftigte, Rentner, Familien und junge Menschen wird die Wohnung zur immer größeren Belastung. Besonders teuer sind neue Mietwohnungen: Im Bundesdurchschnitt werden dafür 19 Euro pro Quadratmeter verlangt. Die Wohnungskrise ist kein Naturereignis, sondern Folge eines Systems, in dem Wohnraum zur Ware und Spekulationsobjekt geworden ist. Während Immobilienkonzerne und Eigentümer von steigenden Preisen profitieren, müssen immer mehr Menschen einen wachsenden Teil ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Die Eigentumsfrage entscheidet auch über die Wohnungsfrage. In der DDR war Wohnraum nicht dem Profitinteresse privater Eigentümer und Spekulanten untergeordnet. Durch staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau wurde das Recht auf Wohnraum abgesichert; Obdachlosigkeit und Mietwucher gehörten nicht zum Alltag. Heute zeigt sich erneut: Wohnen ist ein Grundbedürfnis und keine Ware. Bezahlbarer Wohnraum erfordert eine starke öffentliche Wohnungswirtschaft und die Überwindung der Profitlogik.

Die Erzählenden

Auf dem kleinen Feld
hinter unserm Elternhaus
finden wir beim Rasenmähen,
oder einfach beim darauf Spaziergehen
immer wieder Scherben,
wir, die Erben.

Die vielen kleinen Scherben,
die wir bisher fanden,
lassen uns vermuten:
hier hat wohl mal ein Haus gestanden,
ein Haus von den Guten.

Nicht eines von Reichen,
hier lebten keine Ausbeuter,
denn wir fanden auf dem Feld
nur Ton- und Glasscherben, niemals Geld.
Archäologen sind wir nicht, keine
Scherbendeuter,
doch soviel ist uns klar,
dass hier die Behausung armer Leute war.

So eine liebe, kleine Scherbe,
auch von ihr bin ich ja der Erbe,
muss mir immer viel berichten.
Ganze Lebensgeschichten
könnte ich davon angeregt erdichten.

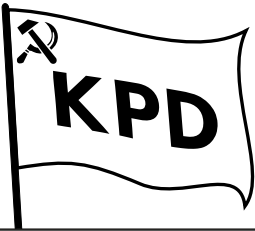
Meine Empfehlung an die Erben:
Sammelt Scherben
und hört zu.

Hans-Georg Westphal

ZITAT

„Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten, weil sich dort noch Arbeiter befinden, die von den Pfaffen und durch das Leben in den ländlichen Provinznestern verdummt worden sind. Sonst lauft ihr Gefahr, einfach zu Schwätzern zu werden.“

Wladimir Iljitsch Lenin
„Der 'linke Radikalismus',
die Kinderkrankheit im
Kommunismus“ (1920)



IMPRESSUM:

Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383

Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands. Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD

-PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.

Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.

Redaktionsanschrift: Die Rote Fahne, Johannesstraße 156, 99084 Erfurt.

Internet-Homepage: www.dr.f.k-p-d.org

E-Mail: info.dr.f.k-p-d.org

Für Artikel: redaktion-dr.f.k-p-d.org

Abonnement: abo-dr.f.k-p-d.org

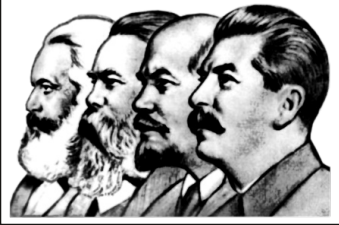
Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXX.

Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. | Stellvertreter: K. Günther

Erstellt mit SCRIBUS - Open Source Desktop Publishing

Druck: Druckerei Böhlau, Ranftsche Gasse 14, 04103 Leipzig

Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Junkerland in Bauernhand

Wem gehört der Boden in Mecklenburg-Vorpommern? Diese Frage ist heute wieder von großer Bedeutung. Denn Boden ist keine Ware wie jede andere. Er kann nicht vermehrt werden. Wer über große Flächen verfügt, besitzt wirtschaftliche Macht – und Einfluß darauf, wie unsere Dörfer, unsere Landwirtschaft und unsere Lebensgrundlagen gestaltet werden.

1945 wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit der demokratischen Bodenreform ein grundlegender Bruch mit den alten Eigentumsverhältnissen vollzogen. Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ wurden Großgrundbesitzer mit mehr als 100 Hektar entschädigungslos enteignet. Das Land kam in einen Bodenfonds und wurde vor allem an Landarbeiter, Kleinbauern und Vertriebene verteilt. Bei uns in Mecklenburg war besonders viel Großgrundbesitz konzentriert: Bei der Bodenreform wurden rund 54 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche erfaßt.

Die Macht des Großgrundbesitzes wurde gebrochen, der Boden neu verteilt und damit eine entscheidende Grundlage für eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft gelegt. Nach 1990 wurde diese Entwicklung weitgehend zurückgedreht. Ehemals volkseigene Flächen wurden privatisiert. Allein die bundeseigene BVVG verkaufte zwischen 2007 und 2018 in Mecklenburg-Vorpommern 59.600 Hektar Landwirtschaftsfläche an berechnete Pächter.

Heute ist die Eigentumskonzentration erneut beträchtlich. Eine aktuelle Untersuchung des Thünen-Instituts kommt für Mecklenburg-Vorpommern in ihren Stichprobengemeinden auf einen durchschnittlichen Anteil von 58,2 Prozent der Landwirtschaftsfläche für die fünf größten Eigentümer – der höchste Wert aller untersuchten Bundesländer. Das ist natürlich nur eine Stichprobe und nicht auf das ganze Land übertragbar, aber es zeigt eine ganz deutliche Tendenz. Heute sind die Eigentumsstrukturen leider oft nicht öffentlich und transparent nachvollziehbar.



Hinzu kommen immer kompliziertere Unternehmensstrukturen. 2024 bewirtschafteten landwirtschaftliche Betriebe, die Teil von Unternehmensgruppen sind, in Mecklenburg-Vorpommern 493.800 Hektar. Ein Teil dieser Gruppen wird von nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen kontrolliert; auch Unternehmensgruppen die zu transnationalen Konzernen gehören und ihren Sitz ganz woanders haben gibt es zunehmend.

Damit stellt sich heute dieselbe grundlegende Frage wie damals: Soll der Boden wenigen gehören – oder denen, die auf ihm arbeiten und von ihm leben?

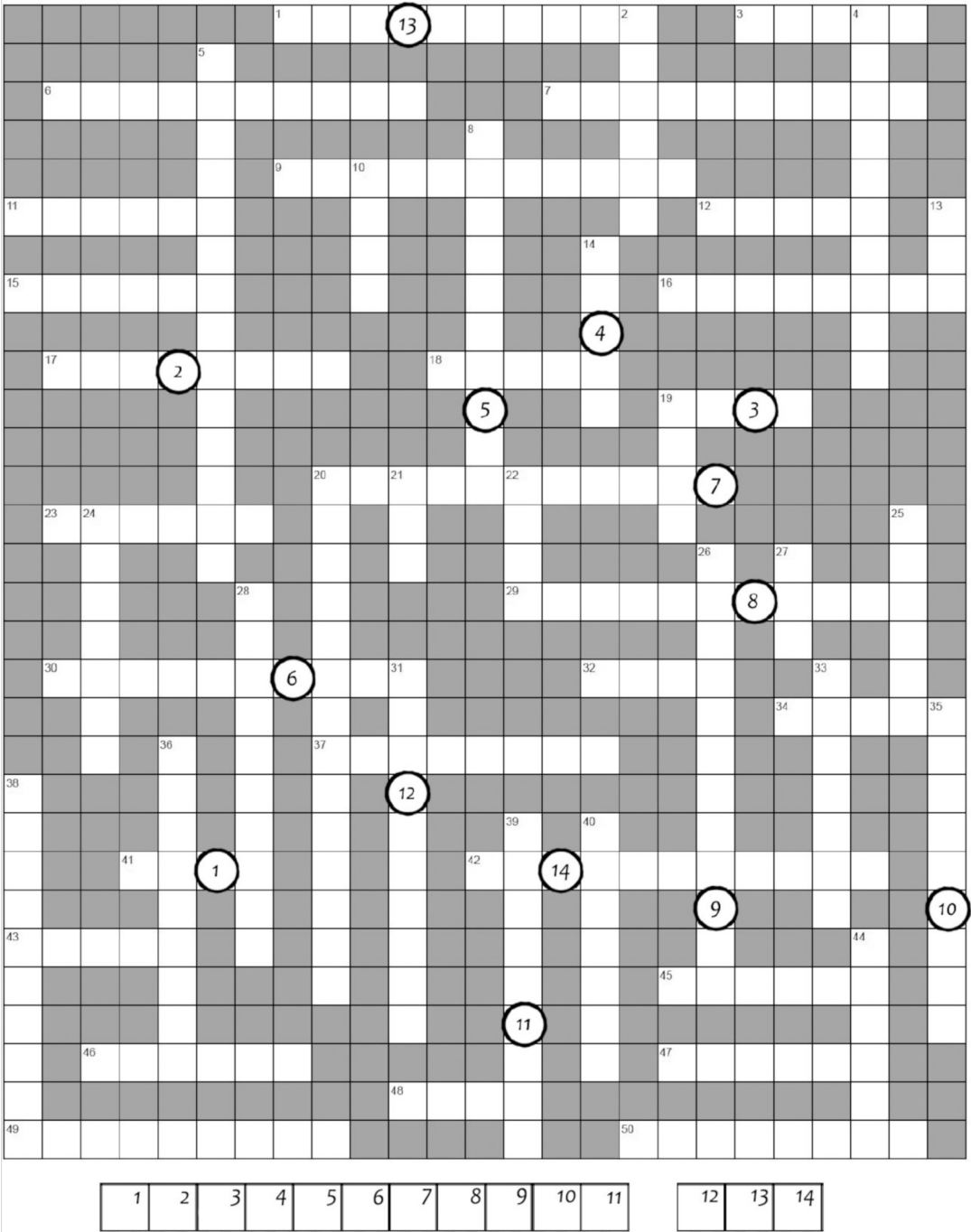
Wir wollen deshalb die Konzentration von Grund und Boden beenden. Große Bodeneigentümer und verschachtelte Unternehmensstrukturen dürfen nicht darüber entscheiden, wie Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich und sozial entwickelt wird. Boden gehört nicht an die Börse und nicht in die Hände anonymer Eigentümer. Er ist eine gesellschaftliche Grundlage. Junkerland in Bauernhand – diese Forderung ist heute wieder aktuell.

Schachrätsel



Weiß ist am Zug. Kannst du den Bauern umwandeln? Es gibt nur einen korrekten ersten Zug.

Teste dein Wissen



Horizontal:

1. Machtpolitik im globalen Raum | 3. Längster Fluss Europas | 6. Hemmt den elektrischen Stromfluss | 7. Gegenteil von Protektionismus | 9. Vorbereitung auf Krieg | 11. Räuber-Sagengestalt aus Mecklenburg | 12. Bündnis aufstrebender Staaten | 15. Triebkraft kapitalistischer Entwicklung | 16. steht für Verkauf und Abwicklung ostdeutscher Betriebe | 17. Landeshauptstadt in MV | 18. Ort an dem Waren kommen und gehen und Beschäftigte malochen | 19. Insel vor Wismar | 20. Klasse der Lohnabhängigen | 23. Quelle des gesellschaftlichen Reichtums | 29. gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus | 30. Einfluss von Interessenvertretern auf pol. Entscheidungen | 32. Hat selten selbst den Achtstundentag am Band | 34. fehlender materieller Wohlstand | 37. Physiker | 41. palästinensisches Küstengebiet | 42. Revolutionsführer, wäre im August 100 Jahre geworden. | 43. Vorname des Störtebeker | 45. Bereich der drastisch unterfinanziert ist | 46. entführter Präsident | 47. Autor der Dreigroschenoper | 48. im Kapitalismus wird alles zu ihr | 49. Gemeinsam statt jeder für sich | 50. größtes Land Europas

Vertikal:

2. kürzlich verstorbener Milliardär | 4. Universitätsstadt in Vorpommern | 5. Das soll Deutschland bis 2029 werden laut Minister Pistorius. | 8. politische Herrschaftsform, oft nur formal | 10. Gewerkschaftsbund (Abk.) | 13. Bindewort | 14. deutscher Dichter († 1856 in Paris) | 19. Durchdachte Handlungsvorbereitung | 20. Geist des Schweriner Schlosses | 21. Himmelsrichtung | 22. Konzern hinter der U-Boot Produktion (Abk.) | 24. größte Stadt in MV | 25. Größte Stadt Europas | 26. Konflikt zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten | 27. führende imperialistische Weltmacht | 28. Punkband aus Rostock die Milliardäre ins All schießen will | 31. wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen | 33. lateinisch: berauben, ausrauben | 35. Hamburger Hafenarbeiter und Kommunist († 1944) | 36. Hansestadt am Strelasund | 38. In der DDR verbreitete Form mediz.Versorgung | 39. traditioneller Wirtschaftszweig an der Küste | 40. In Schlawe / Pommern geb. Mitbegründer der KPD. (*1846) | 44. Sie sollten sicher und nicht am Kapitalmarkt angelegt sein.

DGB-Aktionstag für den Sozialstaat

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ruft für den **26. September** unter dem Motto „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente.“ zu bundesweiten Kundgebungen in 15 Städten auf: Berlin, Bremen, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau, Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Nürnberg, Rostock, Saarbrücken, Stuttgart. Die KPD unterstützt den Kampf gegen Sozialabbau und ruft dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen.

Gleichzeitig bleibt die Kritik am DGB notwendig: Wer den Sozialstaat verteidigen will, muss sich auch der Aufrüstung und Kriegspolitik entgegenstellen. Milliarden für Rüstung bedeuten Kürzungen bei Löhnen, Renten, Bildung und Gesundheit. Sozialabbau und Militarisierung sind zwei Seiten derselben imperialistischen Politik. Deshalb gehört der Kampf für soziale Rechte untrennbar zum Kampf gegen Krieg und Aufrüstung.

Mehr Informationen:

<https://www.dgb.de/mitmachen/kampagnen/aktionstag-sozialstaat/>

Schulstreik gegen Wehrpflicht

Das bundesweite Schulstreik-Bündnis gegen die Wehrpflicht ruft für den **25. September** erneut zu Schulstreiks und Demonstrationen auf. Die Proteste richten sich gegen Wehrpflicht, Militarisierung und Kriegsvorbereitung. Nach mehreren erfolgreichen Aktionstagen in diesem Jahr sollen bundesweit wieder Schülerinnen und Schüler auf die Straße gehen. Weitere Informationen und die örtlichen Termine finden sich unter:

www.schulstreikgegenwehrpflicht.com

ABONNEMENT: Die Rote Fahne

- ☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 35,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 45,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 20,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 30,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich bitte um das Statut und Programm der KPD. Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.
- ☐ Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Das Abonnement kann auch formlos, unter Angabe aller Adressdaten, per Email an abo-drk@k-p-d.org bestellt werden

Name Vorname
Straße
PLZ Wohnort
Telefon/Fax
Email @